



LUND UNIVERSITY

Mit Engagement zur Nachhaltigkeit – die Zivilgesellschaft als Treiber einer neuen Nachhaltigkeitsagenda

Leipprand, Tobias; Mansour, Julia I.; Penndorf, Korinna; Peter, Isgard; Strasser, Cosima; Topf, Dorothea; Tschochochei, Heinrich; von Raggamby, Anneke; Zelli, Fariborz

2010

Document Version:
Förlagets slutgiltiga version

[Link to publication](#)

Citation for published version (APA):

Leipprand, T., Mansour, J. I., Penndorf, K., Peter, I., Strasser, C., Topf, D., Tschochochei, H., von Raggamby, A., & Zelli, F. (2010). *Mit Engagement zur Nachhaltigkeit – die Zivilgesellschaft als Treiber einer neuen Nachhaltigkeitsagenda*. Stiftung Neue Verantwortung.

Total number of authors:
9

General rights

Unless other specific re-use rights are stated the following general rights apply:

Copyright and moral rights for the publications made accessible in the public portal are retained by the authors and/or other copyright owners and it is a condition of accessing publications that users recognise and abide by the legal requirements associated with these rights.

- Users may download and print one copy of any publication from the public portal for the purpose of private study or research.
- You may not further distribute the material or use it for any profit-making activity or commercial gain
- You may freely distribute the URL identifying the publication in the public portal

Read more about Creative commons licenses: <https://creativecommons.org/licenses/>

Take down policy

If you believe that this document breaches copyright please contact us providing details, and we will remove access to the work immediately and investigate your claim.

LUND UNIVERSITY

PO Box 117
221 00 Lund
+46 46-222 00 00

Policy Brief

09/10

Mit Engagement zur Nachhaltigkeit – die Zivilgesellschaft als Treiber einer neuen Nachhaltigkeitsagenda

Vereine, Organisationen und Netzwerke leisten bereits wertvolle Beiträge zur ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit Deutschlands. In Zeiten sich schnell ändernder Rahmenbedingungen gewinnt die dynamische Anpassungsfähigkeit der Zivilgesellschaft weiter an Bedeutung. Bürgerschaftliches Engagement kann so zum neuen Motor nachhaltiger Entwicklung werden. Die Bundesregierung sollte daher Nachhaltigkeits- und Engagementpolitik strategisch und gemeinsam denken. Dazu drei Thesen zur Förderung von Engagement für Nachhaltigkeit sowie vier konkrete Handlungsempfehlungen.

DEUTSCHLAND nachhaltiger zu machen ist erklärtes Ziel der Bundesregierung – ökologisch, ökonomisch und sozial. Die vergangenen Jahre haben gezeigt: In einer sich schnell ändernden, zunehmend komplexen Welt braucht die Politik dazu die Lösungskompetenz und Initiativkraft aller. Es reicht nicht aus, Wirtschaft und Verbraucher über eine klassische Steuerungs politik zu nachhaltigerem Handeln zu bewegen. Vielmehr sollte Politik als Befähigungspolitik Bedingungen dafür schaffen, dass sich die Gesellschaft und damit der Bürger selbst für nachhaltige Entwicklung engagiert. Dies fordert auch die „Peer Review“ des Rats für Nachhaltige Entwicklung: Sie mahnt die Bundesregierung, Bürger und Zivilgesellschaft stärker in die gemeinsame Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung einzubinden – Instrumente zu entwickeln, die Bürger und Zivilgesellschaft stimulieren und motivieren.

Bürgerengagement ist damit der Schlüssel für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda im 21. Jahrhundert. Die Bundesregierung hat erste Zeichen gesetzt. So erwähnt die nationale Nachhaltigkeitsstrategie bereits die Bedeutung von Bürgerengagement für nachhaltige Entwicklung. Die Strategie selbst entwickelt sie in enger Kon-

sultation mit der Zivilgesellschaft. Zudem unterstützt das Programm „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ Initiativen, die lokale Nachhaltigkeit fördern. Nun geht es darum, solche Ansätze in die Breite der Gesellschaft zu tragen.

Bürgerengagement für Nachhaltigkeit braucht eine bundespolitische Rahmensetzung

Eine strategische Engagementpolitik für Nachhaltigkeit hilft der Bundesregierung, ihre Ziele für ein nachhaltiges Deutschland zu erreichen. Erste Schritte dazu wären die Verzahnung von einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und Engagementstrategie sowie eine explizite Wertschätzung von Nachhaltigkeitsengagement im Gemeinnützigkeitsrecht. Zwei in diesem Papier aufgeführte innovative Förderprogramme, die lokale Initiativen gezielt unterstützen, ergänzen dies.

Natürlich ist Engagementpolitik primär eine Aufgabe der Kommunen. Zivilgesellschaftliche Initiativen entstehen und wirken vor allem lokal. Dieses Papier konzentriert sich auf die Rahmenbedingungen, welche die Bundesregierung idealerweise setzt, um lokale Akteure zu befähigen. Die Ergebnisse sind dabei für Akteure auf kommunaler wie nationaler Ebene relevant.

Tobias Leipprand
Fellow 2009/2010

Dr. Julia I. Mansour
Associate 2009/2010

Korinna Penndorf
Associate 2009/2010

Isgard Peter
Associate 2009/2010

Cosima Strasser
Associate 2009/2010

Dorothea Topf
Associate 2009/2010

Dr. Heinrich Tsochochoei
Associate 2009/2010

Anneke von Raggamby
Associate 2009/2010

Dr. Fariborz Zelli
Associate 2009/2010

Bürgerengagement für Nachhaltigkeit ist bislang unterschätzt

Die Bundesregierung hat bislang die Bedeutung der Zivilgesellschaft für Nachhaltigkeit unterschätzt. Schon heute leisten viele Initiativen bedeutende Beiträge zu sozialer Kohäsion oder Umweltschutz und bilden somit Eckpfeiler einer nachhaltigen Gesellschaft. In Zeiten sich immer schneller verändernder Rahmenbedingungen ist die dynamische Anpassungsfähigkeit der Zivilgesellschaft von besonderem Wert. Nachhaltige Entwicklung braucht gerade diesen kontinuierlichen Prozess, das eigene Handeln stetig neu am Leitbild der Nachhaltigkeit auszurichten.

Die Bereitschaft ist da: Seit Jahren ist die Zahl engagierter Bürger kontinuierlich hoch. Neueste Daten zeigen eine weitere Zunahme in der Engagementbereitschaft bei Menschen, die sich bislang nicht persönlich einbrachten. Dieses Potenzial, laut Freiwilligen-Survey 2009 mittlerweile gut zwei Drittel der Bevölkerung, bietet große Chancen auch für die Nachhaltigkeitsagenda.

Drei Thesen für die Förderung von Engagement für Nachhaltigkeit

Die Definition der drei Thesen für eine erfolgreiche Engagementpolitik für Nachhaltigkeit erfolgte auf Grundlage von Expertengesprächen, der Analyse aktueller Expertendebatten zum Thema Nachhaltigkeit und Engagement, der Auswertung erfolgreicher Initiativen sowie einem einjährigen Eigenexperiment der Autoren.

- *I. Initiative fördern:* Nachhaltigkeit braucht Aktivierung. Strategische Engagementpolitik unterstützt diejenigen, die Verantwortung für Nachhaltigkeit übernehmen. Dazu bietet sie im Sinne einer partizipatorischen Demokratie mehr Teilhabe. Gerade bei den komplexen Problemstellungen im Bereich Nachhaltigkeit baut sie auf die Lösungskompetenz der Zivilgesellschaft.

- *II. Netzwerke aufbauen:* Nachhaltigkeit braucht Austausch. In einer zunehmend komplexeren Welt gewinnen Netzwerkstrukturen als Katalysatoren für Veränderung an Bedeutung. Vernetzung von Initiativen sowie die Bildung neuer Netzwerke für Nachhaltigkeit genießen damit hohe Priorität und schaffen Aushandlungsprozesse für Nachhaltigkeit.
- *III. Praxis ermöglichen:* Nachhaltigkeit braucht Lebensbezug. Menschen orientieren sich in ihrem Verhalten an ihrem Umfeld. Bürgerengagement für Nachhaltigkeit entfaltet daher eine Multiplikatorwirkung. Engagementpolitik sollte jene Organisationen besonders unterstützen, die Räume für nachhaltige Praxis bieten.

Die drei Thesen sind im Folgenden ausführlich dargestellt. Konkrete Empfehlungen an die Bundesregierung schließen sich an.

NACHHALTIGES ENGAGEMENT FÜR URBANE BRACHFLÄCHEN: PRINZESSINNENGÄRTEN

Beim Biolandwirtschaftsprojekt „Prinzessinnengärten“ in Berlin-Kreuzberg gehören Praxis, Initiative und Vernetzung zum Geschäftsmodell. Ziel ist die temporäre Nutzung von Brachflächen mit mobilen Beeten, um sie in Eigeninitiative zu neuen Lebensräumen für soziale und ökologische Vielfalt für eine zukunftsfähige Stadt zu gestalten. Die gemeinsame praktische Arbeit bringt Menschen mit den unterschiedlichsten Hintergründen und verschiedenen Alters zusammen und stärkt so den sozialen Zusammenhalt der Nachbarschaft. In Kooperation mit Partnern finden zudem zahlreiche Informationsveranstaltungen mit Jugendlichen statt, so genannte „Stadtsafaris“. Wissen holt man sich auch von Übersee: im Austausch mit Community Gardens in Indien und den USA. Das Projekt zeigt mit seinem praxisorientierten Konzept und offenen Zugang schnelle Erfolge. Innerhalb eines Jahres ist nicht nur eine erste grüne Oase entstanden, sondern auch eine lebendige Gemeinschaft aus Aktiven und Partnern. Eine Gemeinschaft, die bleibt. Auch wenn das Gelände bebaut wird und die Beete in der nächsten Brache angelegt werden.

I. INITIATIVE FÖRDERN: NACHHALTIGKEIT BRAUCHT AKTIVIERUNG Eine erfolgreiche Engagementpolitik für nachhaltige Entwicklung aktiviert den Einzelnen, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Dieser Denkweise liegt ein neuer Führungs- und Verantwortungsbegriff zu Grunde. Im angloamerikanischen Raum wird „Leadership“ schon seit Jahrzehnten als partizipatorischer Prozess der Veränderung verstanden. Jeder Einzelne hat demnach zu jedem Zeitpunkt Möglichkeiten und Pflichten, Verantwortung für die Gemeinschaft zu übernehmen.

Der US-Präsidentenwahlkampf von Barack Obama zeigte auf beeindruckende Art und Weise die Möglichkeit, viele Einzelne zu aktivieren. Die beiden Schlüssel zum Erfolg waren Raum für Eigeninitiative und Teilhabe an der übergeordneten Sache.

Dabei sind Verantwortung und Teilhabe zwei Seiten derselben Medaille. Nur wer mitgestalten kann, engagiert sich auch. Beim Thema Nachhaltigkeit mehr auf die Initiative der Bürger zu bauen heißt für die Politik, Verantwortung zu teilen und die Lösungskompetenz der Gesellschaft für diese hochkomplexen Probleme zu nutzen. Das bedeutet, ein strategisch auf Partizipation ausgerichtetes Demokratieverständnis jedem politischen Handeln zu Grunde zu legen, mit einer Vielzahl von Andockmöglichkeiten für Einzelne und Organisationen. Erste Ansätze verfolgt die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Über regelmäßige Konsultationsprozesse nehmen zivilgesellschaftliche Organisationen und einzelne Bürger Einfluss. Der Kreis der Erreichten ist allerdings klein, und die Möglichkeiten der Mitgestaltung sind begrenzt.

Will die Bundesregierung Engagementpolitik für Nachhaltigkeit stärken, sollte sie neue Freiräume für Eigeninitiative und innovative Strukturen für Mitgestaltung schaffen.

II. NETZWERKE AUFBAUEN: NACHHALTIGKEIT BRAUCHT AUSTAUSCH Engagementpolitik für Nachhaltigkeit

sollte der Vernetzung innerhalb der Zivilgesellschaft hohe Priorität einräumen. Aufgrund der Komplexität von Nachhaltigkeit kann nur die Zusammenarbeit verschiedener Akteure adäquate Problemlösungen gewährleisten. Netzwerke bieten dazu formale und informelle Austauschmöglichkeiten und besitzen so das Potenzial, Denk- und Handlungsweisen zu innovieren. Zusätzlich reagieren Netzwerke auf externe Einflüsse schnell und flexibel. Dem Einzelnen bieten sie Möglichkeiten, Perspektiven anderer Organisationen kennen zu lernen. Besonders förderungswürdig sind offene Netzwerke, die einfache und hohe Beteiligung ermöglichen. Bildung isolierter Gruppierungen ist zu vermeiden.

Ein gutes Beispiel sind lokale Bürgerplattformen, die das Deutsche Institut für Community Organizing (DICO) in Berlin initiiert und unterstützt. Die Plattformen bringen verschiedene Akteure eines Stadtteils – Kirchen, Moscheen, Gewerkschaften, Vereine, aber auch Einzelpersonen – zusammen, um die zentralen Probleme vor Ort gemeinsam anzugehen. Sie vernetzen horizontal. Gleichzeitig sind diese Bürgerplattformen Orte des Austausches über Religionen, Milieus, Ethnien und Altersstufen hinweg und schaffen damit wertvolles Sozialkapital.

Viele Netzwerke haben Nachhaltigkeit explizit zum Ziel ihrer inhaltlichen Arbeit, beispielsweise Naturschutzverbände oder Präventionsprojekte. Hierbei ist die vertikale Vernetzung, also die Bildung von Dachorganisationen auf kommunaler, regionaler oder nationaler Ebene, entscheidend. Sie bilden das Bindeglied zwischen Politik und Zivilgesellschaft. Für Dialog- und Aushandlungsprozesse zum Thema Nachhaltigkeit sind sie von großer Wichtigkeit.

Ein weiterer Vorteil der Netzwerkbildung besteht in der Möglichkeit, Transparenz und Professionalisierung in der Zivilgesellschaft voranzutreiben. Ansätze aus der Privatwirtschaft, wie Unternehmensverantwortung und Berichterstat-

tung über Nachhaltigkeit, sollten heute auch große Akteure der Zivilgesellschaft aufgreifen.

Netzwerke bergen große Potenziale für ganzheitliche und innovative Problemlösungen in komplexen Nachhaltigkeitsfragen. Ziel der Bundesregierung sollte daher sein, vertikale wie horizontale Vernetzung innerhalb der Zivilgesellschaft zu fördern.

III. PRAXIS ERMÖGLICHEN: NACHHALTIGKEIT BRAUCHT DEN BEZUG ZUM LEBEN Um Nachhaltigkeit in der Gesellschaft zu verankern, muss die Bundesregierung gezielt Räume und Anreize für nachhaltige Praxis schaffen. So wissen zwar rund 84 Prozent der Deutschen laut einer Umfrage des Bundesumweltministeriums von 2008, dass sie über ihr Konsumverhalten wesentlich zu ökologischer Nachhaltigkeit beitragen können. Doch nur ein kleiner Teil handelt entsprechend.

Soziologische Forschung zeigt: Menschen orientieren sich in ihrem Verhalten vorrangig an ihrem direkten Umfeld. Daher entfaltet bürgerschaftliches Engagement eine Multiplikatorwirkung. Organisationen und Vereine im Bereich Nachhaltigkeit bieten ihren Mitgliedern ein Handlungsumfeld für nachhaltige Praxis. Sie nehmen sich Aufgaben an, die hohe Relevanz für Menschen vor Ort haben. Wer von diesem Engagement profitiert oder sich selbst einbringt, erfährt direkt die Bedeutung des Leitsatzes „Global denken – lokal handeln“. Die Organisation wird zur Referenzgruppe für ihre Mitglieder. Das Handeln Einzelner gibt Impulse für das Verhalten anderer. Über einen Schneeballeffekt kann so ein Wertewandel in der gesamten Gesellschaft mit angestoßen werden.

Eine Engagementpolitik für Nachhaltigkeit sollte besonders jene Initiativen und Organisationen fördern, die Menschen lokal einbinden und

ihnen eine nachhaltige Lebensweise nahebringen. Insbesondere kommt zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich nachhaltige Bildung und Weiterbildung explizit zum Ziel setzen, eine hohe Bedeutung zu.

Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung

Die Bundesregierung sollte dem Engagement für Nachhaltigkeit einen höheren Stellenwert einräumen, um die große Transformationskraft der Zivilgesellschaft zu nutzen. Dieser Policy Brief bietet dazu konkrete Handlungsempfehlungen. Die einzelnen Empfehlungen stehen im Einklang mit den drei Thesen für eine Engagementpolitik für Nachhaltigkeit.¹

1. VERZÄHNUNG VON ENGAGEMENT- UND NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE Die Bundesregierung sollte die bestehende institutionelle Infrastruktur nutzen,

FACEBOOK-EXPERIMENT DER AUTOREN

In einem Selbstexperiment untersuchten die Autoren die Wichtigkeit des eigenen Umfelds bei Entscheidungen im Bereich der persönlichen Nachhaltigkeit. Dazu gründeten sie auf der sozialen Netzwerkplattform „Facebook“ die offene Gruppe **sustainability leadership|network > go first >> move others**. Die mittlerweile 75 Mitglieder der Gruppe wurden ermutigt, sich Ziele für einen nachhaltigeren Lebensstil zu setzen und darüber auf der Plattform zu berichten – etwa in den Bereichen nachhaltiger Konsum, Mobilität, Geldanlagen, gesellschaftliches Engagement, aber auch ein balanciertes Arbeits- und Familienleben. Sie stellten fest, dass ihnen das Wissen um die Bemühungen anderer Teamteilnehmer Entscheidungen gegen die eigene Gewohnheit und für Nachhaltigkeit deutlich erleichterte. Selbst diese künstlich generierte Peer-Gruppe hatte enormen Einfluss auf das eigene Verhalten.

¹ In der Langfassung dieses Dokuments, dem Policy Paper 01/10, finden sich detaillierte Ausführungen zu den Empfehlungen in je einem gesonderten Kapitel.

um Nachhaltigkeits- und Engagementpolitik besser zu koordinieren. Die Empfehlungen:

- *Nachhaltigkeit in der Engagementstrategie berücksichtigen.* Dazu sollte der Rat für Nachhaltige Entwicklung in das Nationale Forum für Engagement und Partizipation eingebunden werden, das die Engagementstrategie entwickelt. Sinnvoll erscheint zusätzlich eine engere Kooperation zwischen Bundeskanzleramt und Familienministerium beim Thema Nachhaltigkeit und Engagement.
- *Neuer Indikator für die Nachhaltigkeitsstrategie.* Die Bundesregierung nimmt einen Indikator für zivilgesellschaftliches Engagement zusammen mit ehrgeizigen Zielen in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie auf. Der Indikator wird den drei Thesen für die Förderung einer nachhaltigen Bürgergesellschaft gerecht: Er misst sowohl den Umfang zivilgesellschaftlichen Engagements als auch den Grad von dessen Vernetzung und gewichtet dabei Einrichtungen höher, die Raum für Praxis und Initiative bieten.
- *Berücksichtigung von Engagement im Fortschrittsbericht 2012.* Dazu sollten Akteure aus dem Bereich Bürgerengagement in den Konsultationsprozess zur Fortschreibung der Strategie mit eingebunden werden.

2. LEITBILD „NACHHALTIGKEIT“ STÄRKEN: KLARTEXT INS GEMEINNÜTZIGKEITSRECHT UND TRANSPARENTE BERICHTERSTATTUNG Wer sich in Deutschland „gemeinnützig“ nennen darf, besitzt Vorbildfunktion und zahlt weniger Steuern. Die Abgabenordnung definiert die vom Gesetzgeber als gemeinnützig anerkannten Organisationszwecke. Nachhaltigkeit als gemeinnütziger Organisationszweck fehlt hier jedoch bisher völlig. Hinzukommt, dass gemeinnützige Organisationen ihren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft oft nicht hinreichend öffentlich machen. Die Empfehlungen:

- *Symbolische Verankerung des Leitbilds der „Nachhaltigkeit“ im Gemeinnützigkeitsrecht.* Die Bundesregierung nimmt den zentralen gesellschaftlichen Wert der Nachhaltigkeit ins Gemeinnützigkeitsrecht auf. Der Vorschlag zielt in erster Linie darauf ab, einen nötigen Bewusstseinswandel auch gesetzlich zu flankieren. Dabei geht es um eine explizite sowohl rechtliche als auch steuerrechtliche Anerkennung bürgergesellschaftlichen Engagements für Nachhaltigkeit.
- *Mehr Transparenz durch freiwillige Selbstverpflichtungen.* Eine einzurichtende Sub-Arbeitsgruppe des Nationalen CSR-Forums (Corporate Social Responsibility) entwickelt einen Aktionsplan zur Stärkung der Nachhaltigkeitsberichterstattung von gemeinnützigen Organisationen. Dabei geht es nicht um verpflichtende Vorgaben, sondern um ein gemeinsames Verständnis darüber, welche Nachhaltigkeitskennzahlen für gemeinnützige Organisationen relevant sind. Es empfiehlt sich hierbei, auf dem aktuellen „NGO Sector Supplement“ der Global Reporting Initiative (GRI) aufzubauen.

3. PROGRAMM: DIE „WIR-GBR“ Die Bundesregierung sollte Bürgerinnen und Bürger dazu aktivieren, selbstständig Probleme sozialer und ökonomischer Art nachhaltig zu lösen. Eine gute Möglichkeit, dies umzusetzen, ist ein auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Gründungsförderprogramm, ähnlich der Ich-AG. Dieses Programm zielt darauf ab, engagierten Bürgern die Möglichkeit zu bieten, ihr Engagement zum Beruf zu machen. Die Empfehlungen:

- *Die Initiierung eines Gründungsförderprogramms „Wir-GbR“.* Dies sieht die Förderung von (sozialen) Unternehmensgründungen durch finanzielle Unterstützung sowie Ausbildungs- und Vernetzungsangebote ähnlich der Ich-AG vor. Diese Unternehmen müssen jedoch gemeinschaftlich, also von mindestens zwei Geschäfts-

partnern gegründet werden. Gefördert werden Wir-GbRs nur, wenn sie nachweislich Lösungen zu aktuellen Problemen der Nachhaltigkeit wie Klimawandel, demografischem Wandel und Veränderungen in der Arbeitswelt bieten. Einzelne förderungswürdige Kategorien und Kriterien werden in ressortübergreifender Zusammenarbeit definiert.

- *Die parallele Bereitstellung von Fördergeldern und das Verzahnen mit bestehenden Programmen auf Bundesebene.* Durch Zuschüsse zu Beratungsleistungen im Bereich Nachhaltigkeit, wie etwa Beratung zu Energieeffizienz in Unternehmen oder zu sozialen Diensten, wird die Nachfrage nach Leistungen der Wir-GbRs erhöht. Die bestehenden Programme zur Förderung von ökologischer Nachhaltigkeit, beispielsweise erste Ansätze einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffungspolitik, sind auf Synergien mit dem Programm der Wir-GbR hin zu prüfen.
- *Aktive Vernetzung betreiben und die Sichtbarkeit des Programms sicherstellen.* Das Programm bietet den Neugründern durch eine Online-Plattform und regelmäßige regionale Treffen die Möglichkeit für regionale und überregionale Vernetzung. Darüber hinaus inspirieren die etablierten Gründer die Gründung weiterer Wir-GbRs, etwa indem sie Neugründern beratend zur Seite stehen. Um eine große Außenwirkung zu erzielen und eine nachhaltige Gründungswelle zu ermöglichen, soll das Programm über Partner und Mentoren aus Politik und Wirtschaft prominent platziert werden.

- *Engagement bündeln.* Bürgerschaftliches Engagement und Nachhaltigkeitsbestrebungen sind vielfältig und werden bereits auf ebenso vielfältige Weise unterstützt. Über die Etablierung von „Zukunftslotsen“ wird sichergestellt, dass die Akteure die richtigen Informationen und Ansprechpartner schnell und mit geringem Aufwand finden.
- *Lokale Akteure stärken.* Das Programm fördert lokale Konsortien aus öffentlichen und privaten Akteuren bei der Anbindung von Zukunftslotsen durch die Etablierung bundesweit tätiger Berater. Anspruch muss dabei sein, an allen Orten der Gesellschaft mit dem Thema Nachhaltigkeit präsent zu sein.
- *Ebenen und Akteure vernetzen.* Bürgerschaftliches Engagement lebt von Vernetzung und Öffentlichkeit. Über die Etablierung eines bundesweiten Zukunftslotsen-Aktionsprogramms kann dies sichergestellt werden.

4. PROGRAMM „ZUKUNFTSLOTSEN“ Die Bundesregierung sollte die bestehende Bereitschaft für bürgerschaftliches Engagement für eine nachhaltige Entwicklung strukturiert unterstützen und so nachhaltiges Handeln praktisch ermöglichen. Die Empfehlungen:

Impressum

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der *stiftung neue verantwortung* ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

Der Policy Brief gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder und entspricht nicht notwendigerweise der Meinung der *stiftung neue verantwortung*.

© stiftung neue verantwortung, 2010

stiftung neue verantwortung e.V.

Beisheim Center
Berliner Freiheit 2

10785 Berlin

T. +49 30 81 45 03 78 80

F. +49 30 81 45 03 78 97

www.stiftung-nv.de

info@stiftung-nv.de

Konzept und Gestaltung:

Prof. Dr. h.c. Erik Spiekermann

Edenspiekermann AG

Layout:

enoto Medienbüro Berlin

Kostenloser Download:

www.stiftung-nv.de

Über uns

Die *stiftung neue verantwortung* fördert das interdisziplinäre und sektorübergreifende Denken entlang den wichtigsten gesellschaftspolitischen Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Durch ihr Fellow- und Associate-Programm bringt die Stiftung junge Experten und Vordenker aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zusammen, die in zeitlich befristeten Forschungsprojekten neue Ideen und Lösungsansätze entwickeln und diese durch Publikationen und auf Veranstaltungen in den öffentlichen Diskurs einbringen.

Arbeitsweise

Die stetig komplexer werdenden Anforderungen einer Multi-Stakeholder-Gesellschaft verlangen ein die Grenzen von Disziplinen und Sektoren überwindendes Denken und Handeln. Das Zusammenführen von Experten und Vordenkern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft schafft das Fundament für eine bestmögliche Analyse und Lösung schwieriger Zukunftsfragen. In unseren Projektteams treffen kontroverse Denkstile, Fragestellungen und Betrachtungsweisen aufeinander. Über trennende Fächer- und Organisationsgrenzen hinweg erschließen sich die Projektteams strategisches Fach- und Führungswissen und erarbeiten konstruktive Lösungen. Jedes Projektteam wird von einem Fellow geleitet, der mit Associates zusammenarbeitet. Die Zusammenstellung jedes Teams hängt von der für eine erfolgreiche Projektarbeit relevanten Themen-, Praxis- oder Prozessexpertise seiner Mitglieder ab.

Weitere Informationen unter: www.stiftung-nv.de